

## 8. Unterschied:

### Atomausstieg statt Abnahmegarantie



Sehr stolz sind die Grünen auf den sogenannten „Atomausstieg“. Doch was SPD und Grüne ausgehandelt und unterschrieben haben, kann beim besten Willen nicht als „Ausstieg“ bezeichnet werden: Die Atomstromproduzenten wurden nämlich nicht auf ein festes Ende der Reaktorlaufzeiten verpflichtet. Sie erhielten stattdessen eine Abnahmegarantie für eine großzügig festgelegte Energiemenge und die Verpflichtung des Staates, künftig das Atomgesetz nicht mehr zu verschärfen. Damit können sie bis zum Jahr 2030 Atomstrom produzieren und noch einmal die gleiche Menge an Atommüll erzeugen, wie in der ganzen bisherigen

Laufzeit der Reaktoren! Übrigens: Alle, die Energie einsparen bzw. in erneuerbare Energien investieren, tragen seit dem „Ausstiegsbeschluss“ ungewollt zur zeitlichen Verlängerung des Atombauteuers bei, eben weil den Atomkonzernen die Abnahme einer festen Produktionsmenge garantiert wurde. Die ödp hat das richtige Konzept: Wenn den Kernenergieerzeugern alle Subventionen gestrichen und dieselben Haftpflicht- und Steuerbedingungen auferlegt werden wie anderen Energieerzeugern, erledigt sich das Problem Atomkraft von selbst, dann ist sie zu teuer und nicht mehr konkurrenzfähig. Denn es ist eine Lüge, dass Atomenergie billig ist. Wir zahlen sie doppelt, über Strompreis und Steuern. Und viele Menschen (z.B. in den Uranabbaugebieten der Erde und in Tschernobyl) haben sie mit ihrem Leben bezahlt. Die ödp hat inzwischen beim EU-Wettbewerbskommissar eine Eingabe gegen die wettbewerbsverzerrende Subventionierung der Atomwirtschaft eingereicht.

## 9. Unterschied:

### Ökosteuern gerecht ausgleichen!

Die im Grundsatz richtige und wichtige ökologische Steuerreform wurde unter der rot-grünen Regie zu einer massiven Benachteiligung aller Nicht-Erwerbstätigen: Kinder, Studierende, Wehr- und Zivildienstleistende, Familienfrauen/männer, Rentner/innen, Selbständige und Landwirte müssen zwar Ökosteuern zahlen, erhalten

aber keinerlei Ausgleich! Den bekommen nur Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen über die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge. Nach dem ödp-Konzept würden alle privaten Haushalte durch eine Senkung der Mehrwertsteuer einen Ausgleich für die Ökosteuern erhalten.

## 10. Unterschied:

### NEIN statt JEIN zur Gentechnik in Landwirtschaft und Nahrungsproduktion!

Die Grünen verlangen lauwarm eine Verständigung der Gesellschaft darüber, welche Risiken der Gentechnik vermieden und welche Chancen genutzt werden sollen. Die ödp dagegen sagt ganz klar: Gentechnische Verfahren in Landwirtschaft und Nahrungsproduktion lehnen wir strikt ab, weil Spätfolgen bei Mensch



und Umwelt einfach nicht vorhersehbar sind.

## 11. Unterschied:

### Zielgerichtetes Handeln statt lahmer Opposition!

Die Grünen sind im Bundestag und einigen Landesparlamenten vertreten, wir nur in Gemeinde-, Kreis- und Regionalparlamenten. Trotzdem haben wir schon viel erreicht, wogegen die Grünen immer wieder von ihren Zielen abweichen, wenn es die Koalitionstreue verlangt. Gerade beim sogenannten Atomausstieg fragt man sich, warum sie sich so über den Tisch ziehen ließen. Konnten sie es nicht besser

oder durften sie nicht? Wie man es besser macht, hat die ödp gezeigt: Der e.on-Konzern hat den Abnahmevertrag für Atomstrom mit den Betreibern des tschechischen Schrott-Reaktors Temelin gekündigt, weil die bayerische ödp mit „Bürgerbegehren“ kommunale Energieunternehmen gezwungen hat, ihre Verträge mit e.on zu kündigen. Das hat die gesamte bayerische Landtagsopposition nicht fertig gebracht!

*Und nun urteilen Sie selbst.*

[www.oedp-bw.de](http://www.oedp-bw.de)

**Ökologisch-Demokratische Partei**  
Landesverband Baden-Württemberg  
Senefelderstr. 99  
70176 Stuttgart  
Fax (0711) 6363000  
info@oedp-bw.de

\* Mitgliedsbeitrag: 6,- mtl., Familienbeitrag 6,50, ermäßigter Beitrag 1,-. Fordern Sie bitte ein Beitragsformular für aktive oder fördernde Mitgliedschaft an.



*Politik, die aufgeht. ödp.*

**Zeichen setzen – Mitglied\* werden!**  
Tel. (0711) 6364644



# Was die ödp von den Grünen unterscheidet.

**Was unterscheidet die ödp von den Grünen? Die wichtigsten Unterschiede finden Sie in diesem Faltpapier.**

**Der größte Unterschied ist aber: Wir sind völlig unabhängig, weil wir keine Konzernspenden annehmen. Und in Bayern hat die ödp mit ihren Aktionen und Volksbegehren mehr erreicht als die grüne Landtagsopposition.**



*Politik, die aufgeht. ödp.*

# Was die ödp von den Grünen unterscheidet.

Wir werden oft gefragt, was uns von den Grünen unterscheidet. Die wichtigsten programmatischen Unterschiede zwischen den beiden Parteien haben wir im Folgenden aufgelistet.

## Weniger ist bei uns Mehr

In der ödp arbeiten Menschen zusammen, die dem Streben von Gesellschaft und Wirtschaft nach „Immer mehr“ das Prinzip Verantwortung entgegensetzen. Die ödp ist eine ökologisch-demokratische Partei. Ökologie ist für uns die Wissenschaft von den Beziehungen der Lebewesen zu ihrer Umwelt. Alles ist mit allem vernetzt. Wir befürworten deshalb keine Schlüsseloch-Wissenschaften, sondern wir betrachten das gesamte Umfeld mit.

### 1. Unterschied

#### Umweltverträglicher Mobilfunk ist bei uns Chefsache

Mobilfunkbetreiber haben nach dem „Stand der Technik“ unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß zu beschränken (§ 22 Abs. 1 BImSchG). Eine drastische Senkung der Strahlen-Grenzwerte auf rund 1/5000 der Leistung ermöglicht weiterhin ein einwandfreies Telefonieren. Länder wie Russland, die Schweiz, Österreich und Italien beweisen dies. Die drastische Verringerung der Belastung durch Strahlung von Handys, Sendemasten und anderen Quellen elektromagnetischer Wellen ist bei uns

„Chefsache“. Bundesvorsitzender Prof. Dr. Klaus Buchner (Atomphysiker) ist ein sehr engagierter Experte auf diesem Gebiet. Der grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin dagegen hat es immer noch nicht geschafft, dass die in der 26. Bundesimmissionschutzverordnung genannten Werte massiv in Richtung klassischer Vorsorgewerte abgesenkt werden. Er hat lediglich eine so genannte „Selbstverpflichtung der Industrie“ erwirkt. Diese Selbstverpflichtungsmaßnahmen sind reine Kosmetik.

### 2. Unterschied:

#### Unabhängigkeit von Konzernspenden

Die ödp nimmt keine Firmen- und Verbandsspenden an. Dazu haben wir uns in unserer Satzung verpflichtet. Die Grünen dagegen ließen sich von VW und Reemtsma schon

mal Parteitage sponsern und kassieren Großspenden z. B. vom Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie, von der Dresdner Bank und von Bertelsmann.

### 3. Unterschied:

#### Keine weiteren Drogen legalisieren!

Die Grünen wollen Marihuana legalisieren und nennen es eine „weiche“ Droge. Wir meinen: Drogen – auch traditionell legale wie Alkohol und Nikotin – sind niemals „weich“, sondern nur abgestuft gefähr-

lich. Vernichtete Existenzen, zerstörte Familien, furchtbare Unfälle und enorme Kosten im Gesundheitswesen sprechen eindeutig dagegen, weitere Drogen offiziell freizugeben und freizusprechen.

### 4. Unterschied:

#### Kindern die Geborgenheit in der Familie sichern!

Was wir immer schon forderten, ist plötzlich Mode geworden: Stärkung der Familien. Aber seltsamerweise sehen die anderen Parteien, voran die Grünen, die Stärkung der Familie darin, dass sie auseinander läuft: Beide Eltern sollen erwerbstätig sein, für alle Kinder soll es ab dem 1. Lebensjahr Betreuungsplätze geben. Die ödp hat andere Vorstellungen. Ein Erziehungsgehalt bietet den El-

tern, insbesondere Alleinerziehenden, die Möglichkeit, sich frei von finanziellem Druck zu entscheiden, ob ein Elternteil die häusliche Sorge übernimmt oder ob dieses Geld für Fremdbetreuung ausgegeben wird. Hauptsächlich die Fremdbetreuung zu fördern, benachteiligt alle Eltern, die sich für die eigenverantwortliche Betreuung in der Familie entscheiden.

### 5. Unterschied:

#### Konfliktberatung statt Gleichgültigkeit!

Die Grünen fordern nach wie vor die ersatzlose Streichung des § 218 StGB. Das würde bedeuten, dass ohne irgendwelche Fristen oder Beratungsverpflichtungen in diesem sensiblen ethischen Bereich alles möglich wird. Gerade im Konfliktfall ist es aber notwendig, dass sich Frauen mit neutralen Personen beraten und Hilfe bekommen können. Wir möchten deshalb die gesetzliche Konfliktberatung auf der Basis des gefundenen Rechtskompromisses nicht in Frage stellen. Wir treten

dafür ein, durch sozialpolitische Maßnahmen und mehr Gerechtigkeit für Familien die Entscheidung für ein Kind zu erleichtern und den noch verbliebenen Rechtsschutz für Ungeborene zu erhalten. Die heute bestehende Möglichkeit, behinderte Föten bis kurz vor der Geburt abzutreiben (§ 218 a), kann jedoch als schwerwiegender Verstoß gegen das Menschenrecht auf Leben und unerträgliche Diskriminierung behinderter Menschen nicht weiter toleriert werden.

### 6. Unterschied:

#### Wir sehen Familienarbeit als wertvolle Arbeit.

Die Grünen kommen aus dem traditionell linken Milieu, deshalb ist ihr gesellschaftspolitisches Konzept einseitig: Möglichst alle sollen einer außerfamiliären Erwerbsarbeit nachgehen. Sie erkennen Kinderbetreuung nur bei fremden Kindern in öffentlichen Einrichtungen als Arbeit an. Die eigene Familie als Beruf

zu sehen ist für sie indiskutabel. Wir meinen: Erziehungsarbeit muss bezahlt werden – egal wo, auch zu Hause. Wir fordern daher auf der Basis des Brutto-Durchschnittseinkommens von 2.384 € (2001) folgendes steuer- und sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt:

1. bis 7. Lebensjahr 100 %	8. bis 14. Lebensjahr 50%	ab dem 14. Lebensjahr
1. Kind: 1.192 €	1. Kind: 596 €	Arbeitslosenhilfe
2. Kind: 596 €	2. Kind: 298 €	bis zum beruflichen
3. Kind: 596 €	3. Kind: 298 €	Wiedereinstieg
Total: 2.384 €	1.192 €	

Das Erziehungsgehalt bekommt, wer die Kinder erzieht. Ab dem 4. Kind gibt es kein höheres Erziehungsgehalt. Mögliche Änderungen:  
1. Das Erziehungsgehalt ist fast aufkommensneutral.  
2. Der Löwenanteil/das Meiste verschiebt sich in einzelne Haushaltsposten des Bundes.

3. Es entlastet z. B. die Bundesanstalt für Arbeit oder die Sozialämter, oder aber erhöht das Steueraufkommen.  
4. Ein Finanzierungsmodell zeigt u. a. der Verein „Deutscher Arbeitskreis für Familienhilfe e. V.“ in dem Gutachten „Erziehungsgehalt 2000“, Freiburg 1998, 197 S.

### 7. Unterschied:

#### Ehe und Familie weiterhin schützen!

Wenn Menschen zusammenziehen, heiraten, Familien gründen und füreinander Verantwortung übernehmen, ist das gut für jede Gesellschaft. Zwar beklagen die Grünen, dass traditionelle soziale und kulturelle Bindungen schwächer werden. Anstatt diese Schwächung aber aufhalten zu wollen, erwarten sie alles Heil von der Förderung „neuer Formen“ des Zusammenlebens.

Wir treten für umfassende Toleranz ein und sind gegen Diskriminierung alternativer Lebensformen. Aber es gibt für uns keinen Anlass, den grundgesetzlichen Schutz von Ehe und Familie abzubauen. Mit der großen Mehrheit der Bevölkerung halten wir Ehe und Familie für die bewährte Form des Zusammenlebens, die auch künftig vorrangig zu fördern ist.